

Sabine Nuss\*

## »Geld oder Leben«

### Corona und die Verwundbarkeit der Eigentumslosen

**Zusammenfassung:** Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie stürzte viele Menschen, wie die Ökonomie insgesamt, nach kurzer Zeit in eine existenzielle Krise. Über eine schnelle Rückkehr zur Normalität wurde gestritten, »Geld oder Leben« war die Frage, auf die sich die Debatten zuspitzten. Dass sich in einem der reichsten Länder der Welt soziale Probleme derart schnell verschärfen, wenn nur Teile der Wirtschaft runterfahren, verweist auf einen Mangel an Resilienz. Das ist kein allgemein gesellschaftliches Problem, sondern verweist auf die herrschenden Eigentumsverhältnisse, die meist nicht als Ursache für diese sozialen Verwundbarkeiten in den Blick geraten.

**Schlagwörter:** Eigentum, Kapitalismus, COVID-19

## »Money or Life«

### Corona and the Vulnerability of the Propertyless

**Abstract:** The measures to contain the COVID-19 pandemic plunged many people, like the economy as a whole, into an existential crisis after a short time. There were disputes about a quick return to normality, »money or life« was the question that the debates came to a head. The fact that in one of the richest countries in the world, social problems are being aggravated so quickly when only parts of the economy are shut down indicates a lack of resilience. This is not a general social problem, but refers to the prevailing ownership structures, which are usually not considered to be the cause of these social vulnerabilities.

**Keywords:** Ownership, capitalism, COVID-19

---

\* Sabine Nuss promovierte zu Privateigentum im digitalen Kapitalismus und ist Geschäftsführerin des Karl Dietz Verlags. Zuletzt veröffentlichte sie *Keine Enteignung ist auch keine Lösung* (2019). Internet: <https://nuss.in-berlin.de/>

Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang des Jahres 2020 trat meine Berufsgruppe ins Scheinwerferlicht, die bislang von der Öffentlichkeit eher unbemerkt blieb: Virologen. Von den Erfordernissen einer kapitalistischen Wachstumsökonomie unbeeindruckt, rieten manche von ihnen schon recht früh zu einem konsequenten Shutdown – einer umfassenden Stilllegung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Abstand halten war die dringende Empfehlung. Das Ziel: die Ketten der wechselseitigen Ansteckung mit dem Virus unterbrechen, damit die Kapazitäten im Gesundheitswesen dosiert eingesetzt werden können. Ein unkontrollierter Ansturm wie in Südeuropa mit seinen schrecklichen Folgen sollte vermieden werden.

Nur wenige Tage, nachdem in Deutschland manche Wirtschaftszweige »eingefroren«, eine Kontaktsperre ausgesprochen und das öffentliche Leben weitgehend stillgelegt wurden, trat eine weitere Berufsgruppe auf die Bühne: die Ethiker. Zwei schwerwiegende Entscheidungen standen im Mittelpunkt der Ad-hoc-Empfehlungen des Deutschen Ethikrats Ende März 2020.<sup>1</sup> Der Umgang mit Triage-Situationen, in denen Ärztinnen und Ärzte im Zweifel entscheiden müssen, wer intensivmedizinische Versorgung erhält und wer nicht, sowie die Abwägung der Verhältnismäßigkeit eines Shutdowns, gemessen an seinen ökonomischen und sozialen Folgen. Letztere bezog sich auf befürchtete gesundheitliche Schäden durch soziale Isolierung (physisch, durch häusliche Gewalt, psychisch durch Vereinzelungserfahrungen). Wesentlich stärker mit Aufmerksamkeit bedacht wurden jedoch die erwarteten wirtschaftlichen Folgen. So wurde geschätzt, dass die Kosten des Shutdowns alles übersteigen würden, »was aus Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen in Deutschland zumindest der letzten Jahrzehnte bekannt ist.«<sup>2</sup> Alexander Dibelius, leitender Manager bei einer der weltweit größten Private-Equity-Gesellschaften, löste in einem Interview mit dem *Handelsblatt* eine hitzige Debatte aus, als er sagte: »[...] der nahezu diskussionslose und mit dem zusätzlichen moralischen Zeigefinger implementierte kollektive Shutdown der Wirtschaft und des Sozialwesens« mache ihm »mehr Angst als diese Virusinfektion«. Dibelius fragte: »Ist es richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedrohten – Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden – mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstands

---

1 Deutscher Ethikrat: AD-HOC-Empfehlung. Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise, <https://www.ethikrat.org/> (27.3.2020).

2 »Ökonomen erwarten Wohlstandsverlust von bis zu 700 Milliarden Euro«, <https://www.faz.net> (23.3.2020).

massiv und nachhaltig erodiert?«<sup>3</sup> Medien brachten diesen Zielkonflikt mit der Schlagzeile »Geld oder Leben?« auf den Punkt. Nicht nur Donald Trump spitzte das zu, indem er die Anzahl der möglichen Toten gegeneinander aufrechnete: Rezessionen, so sagte er angesichts eines Shutdowns, würden schließlich auch Menschenleben kosten.

Die »Dilemmata«, mit denen sich der Ethikrat zu beschäftigen hatte, hängen eng miteinander zusammen. Je länger eine Gesellschaft einen partiellen Stillstand einzelner Produktionsbereiche aushalten kann, desto besser kann die Ausbreitung des Virus verlangsamt werden, was mehr Zeit für den Ausbau der Kapazitäten im Gesundheitswesen gibt. Mit anderen Worten: Triage-Situationen können umso besser vermieden werden, je widerstandsfähiger, stabiler und nachhaltiger eine Gesellschaft aufgestellt ist. Aus der gesundheitlichen Gefährdung durch das Virus wurde allerdings schon binnen weniger Tage eine Krise der Wirtschaft. Nicht umsonst wurden beide Krisen häufig in eins gesetzt, von Corona-Krise war die Rede, wenn weniger ein Problem der Gesundheit, sondern mehr eines der Wirtschaft vorlag. Die Folgen der staatlichen, unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und die Reaktionen darauf machten in dramatischer Weise sichtbar, wie wenig die Wirtschaft einen auch nur partiellen Shutdown auszuhalten in der Lage ist. Die von der Wissenschaft als notwendig erachteten Maßnahmen, wie das Distanzgebot, das Pausieren eines lebendigen, öffentlichen Lebens und das Ausharrenmüssen zu Hause, für viele auf engstem Raum, wären in jeder Gesellschaftsform keine einfachen Einschränkungen des Alltags. Dass sich in einem der reichsten Länder der Welt soziale Probleme allerdings derart schnell verschärfen und Menschen massenweise in Existenznöte gestürzt werden, das verweist auf einen schwerwiegenden Befund bezüglich der herrschenden Wirtschaftsordnung: einen Mangel an Resilienz. Resilienz meint Widerstandskraft, im vorliegenden Falle ist sie bezogen auf die gesellschaftliche, im engeren Sinne ökonomische Widerstandskraft. Sie zeigt den Grad ihrer Ausstattung mit »stillen Reserven« an, individueller und gesamtgesellschaftlicher, sowie konkret die Fähigkeit, einen Verzicht auf die Produktion nicht-lebensnotwendiger Güter über einen längeren Zeitraum zu tragen, außerdem die Kompetenz, sich aus eigener Kraft zu erholen, ohne schwerwiegenden Schaden zu nehmen. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass es sich beim Mangel an ökonomischer Resilienz in der Pandemie nicht um ein allgemein gesellschaftliches Problem handelt. Vielmehr verweist dieser Mangel auf bestimmte Eigentumsverhält-

---

3 »Shutdown der Wirtschaft macht mir mehr Angst als das Virus«, <https://www.handelsblatt.com> (23.3.2020).

nisse, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugrunde liegen und die meist nicht als Ursache für soziale Verwundbarkeiten in den Blick geraten.

## Soziale Ungleichheiten in der Pandemie

Während vergangene Wirtschafts- und Finanzkrisen sich dadurch auszeichneten, dass sie niemand voraussagen konnte, hat man die pandemiebedingte Wirtschaftskrise sehenden Auges in Kauf genommen, um eine schnelle Verbreitung des Virus zu verhindern. Die wirtschaftlichen Aktivitäten einzelner Sektoren der Ökonomie wurden eingestellt, das soziale, kulturelle und öffentliche Leben nahezu flächendeckend stillgelegt. Die Maßnahmen bestanden aus einer Kombination von staatlichen Vorgaben und der Eigeninitiative von Unternehmen und Zivilgesellschaft. Jene Aktivitäten, die eine physische Präsenz von Menschenansammlungen voraussetzten (Sport- und Kulturveranstaltungen), wurden zuerst verboten, es folgte die Schließung kleiner und mittlerer Betriebe. Regional unterschiedlich ausgestaltete Regeln des Kontakt- und Ausgehverbots kennzeichneten den Shutdown.

Über das genaue Ausmaß des eingefrorenen wirtschaftlichen Lebens gab es Stand April 2020 nur Schätzungen (vgl. Dorn/Fuest/Götttert 2020; Ehrentraut/Koch/Wankmüller 2020), am Umfang der beantragten Hilfen konnte man ablesen, dass es nicht wenige Betriebe und Lohnabhängige waren, die von dem partiellen Runterfahren der Ökonomie empfindlich getroffen waren (vgl. Sablowski: 2020). Relativ privilegierter waren jene, die ihrer Arbeit weiterhin nachgehen konnten, unter anderem, weil sie im Homeoffice durchführbar war. Besonders schlimm war die Situation für Menschen ohne Wohnung und/oder Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Natürlich waren genau jene am meisten verwundbar, die auch schon vor der Pandemie in sozial prekären Verhältnissen lebten. Diese individuellen Lagen sind Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, sie hängen ab von ökonomischen Entwicklungen, vom Stand der Produktivkräfte etc. Auch welche ideologischen Vorstellungen in einer Gesellschaft vorherrschen darüber, welche Arbeit als wie bedeutsam erachtet wird, hat einen großen Einfluss auf die Höhe der Entlohnung von Arbeit sowie auf den sozialen Status. In der Pandemie konnte man sehen, wie schnell bis dato gesellschaftlich niedrig bewertete Berufe plötzlich eine Aufwertung erfahren können. Systemrelevant und vor allem sichtbar wurden über Nacht Krankenpflegeberufe, Kassiererinnen oder Postboten, man klatschte auf Balkonen zum Dank, man versprach Sonderzahlungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Das betraf Berufszweige, die vor der Pandemie ein Schattendasein führten, obgleich sie auch im Normalzustand nicht weniger wichtig waren.

Nicht wenig Einfluss auf die soziale Lage der Lohnabhängigen hatte die wettbewerbsgetriebene Globalisierung in den letzten Jahrzehnten. Sie verschärfte die Konkurrenz zwischen den Ländern, der »Faktor Arbeit« musste sich dem unterordnen, das heißt: billiger, flexibler einsetzbar, stärker nach Rentabilitätskriterien ausgerichtet werden. Auch die »Agenda 2010« wurde damit begründet. Unter dem Schlagwort der ökonomischen Effizienz wurde die Umverteilung öffentlichen Vermögens in private Hände legitimiert. Damit einher ging die Einführung einer betriebswirtschaftlichen Logik in Bereiche der öffentlichen und der privatisierten Infrastrukturen, was nicht nur im Gesundheitswesen zu dem in der Pandemie so beklagten Personalmangel führte (vgl. Dück 2020).

Mit der beispiellosen Privatisierungsoffensive seit den 1980er Jahren hat man daher nicht nur die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur geschwächt. Der Ungleichheitsforscher Thomas Piketty hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass Privatisierung einer der zentralen Gründe gewesen sei für die in den letzten Jahren auseinanderdriftende Schere zwischen Arm und Reich. Und wie Pikettys Mitstreiter, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (2020), in ihrem Buch mit dem programmatischen Titel *Triumph der Ungerechtigkeit* zeigen, hatte auch die Steuerpolitik seit den 1980er Jahren einen wesentlichen Anteil daran, global, am drastischsten jedoch in den USA. Dort zahlen Arbeiterinnen und Arbeiter prozentual mehr Steuern als Superreiche, weil die Steuerprogression (bei steigendem Einkommen auch steigender Steuersatz) de facto abgeschafft ist. Aber auch in Deutschland haben die Steuerreformen unter Rot-Grün in den 2000er Jahren dazu geführt, dass die Wohlhabenden und Vermögenden begünstigt wurden (vgl. Truger 2009). Maßnahmen von der Lockerung bis zur Abschaffung von vertraglich langfristig abgesicherten Arbeitsverhältnissen und die Ausweitung eines Niedriglohnssektors waren Teil dieser Entwicklung. Ergebnis war, dass die Vermögensungleichheit in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist (vgl. Grabka u.a. 2019). Das waren die sozialen Verhältnisse, auf die die Pandemie in Deutschland traf, in anderen Ländern waren die Ausgangsbedingungen vergleichsweise noch schlechter.

Als Mitte April die Leopoldina, die nationale Akademie der Wissenschaften, eine Stellungnahme zur COVID-19-Pandemie veröffentlichte, ein Papier, das Bundeskanzlerin Merkel explizit als ihre wissenschaftliche Grundlage für Entscheidungen über eine schrittweise Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität nannte, wurden Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie angeraten, unter anderem mit Verweis auf die sozialen Verhältnisse: »In ärmeren und eher bildungsfernen Schichten fehlen tendenziell materielle, psychische und soziale Ressourcen.« (Leopoldina 2020) Die

Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, so hieß es, verschärften nun aber diese soziale Schieflage für viele Menschen. Das war richtig beschrieben, nur konnte man den Eindruck gewinnen, dass Armut und Prekarität ein zwar bedauerlicher, aber normalerweise doch unvermeidbar hinzunehmender Zustand seien, den man nur besser oder schlechter verwalten könne, da er am Ende von den Betroffenen selbst zu verantworten oder schicksalhaft über sie gekommen sei. Was sich in der Pandemie zeigte, war nun allerdings nicht so sehr das selbstverschuldete Agieren ganzer Bevölkerungsteile, auch nicht ihr besonderes individuelles Pech oder Schicksal, sondern ihre Eigentumslosigkeit an Produktionsmitteln und deren Naturalisierung, das heißt, die Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Phänomens als etwas Naturgleiches und deshalb Unabänderliches.

### **Arbeit schafft Eigentum?**

Zu den Produktionsmitteln zählt man Rohstoffe (im weitesten Sinne Natur), Maschinen (z.B. Computer, Roboter), Werkzeuge, Hilfsmittel, Fabrik- und Bürogebäude, Grund und Boden etc., das heißt all das, womit Güter produziert und Dienstleistungen erbracht werden können. In offiziellen Vermögensstatistiken fallen Produktionsmittel unter die Kategorie des »Betriebsvermögens«. Wer die Verfügungsgewalt über die dem Betriebsvermögen zugehörigen Mittel der Produktion hat, hat wesentlichen Einfluss darauf, was und unter welchen Bedingungen in einer Gesellschaft produziert wird und wer Zugang dazu bekommt. Die Eigentumslosigkeit der Mehrheit der Menschen in einer modernen Marktwirtschaft macht sich nicht in erster Linie daran fest, dass sie kein Betriebsvermögen besitzen. Viel entscheidender ist, dass sie auch keine Verfügungsmacht darüber haben.

Dieser Umstand ist historisch eine noch junge Erscheinung – der mittelalterliche Leibeigene bearbeitete »seinen« Boden, auch wenn dieser formell dem Grundeigentümer gehörte –, er setzte sich erst mit der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise durch. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur Güter mit Gewinnabsicht gekauft und verkauft werden (das war historisch schon erheblich länger der Fall), sondern auch Arbeitskraft und Boden. Letzteres begann mit den sogenannten *enclosures*, der Vertreibung der Landbevölkerung von ihrem Grund und Boden, und zwar ab dem ausgehenden 16. Jahrhundert vor allem in England (Meiksins Wood 2015). Boden war historisch bis dahin das wichtigste Produktionsmittel. Mit der Loslösung der Menschen von Grund und Boden war ihnen die Möglichkeit zum unmittelbaren Selbsterhalt genommen. Eine der zentralen Veränderungen, die aus den Einhegungen resultierten, war daher auch ein Wandel des

Herrschaftsverhältnissen und der sozialen Rollen: aus dem »Leibeigenen« oder Grundhörigen wurde der »doppelt freie Arbeiter«:<sup>4</sup> rechtlich frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen, und ökonomisch frei von Produktionsmitteln, sodass er seine Arbeitskraft verkaufen musste.

Während im Feudalismus für alle sichtbar war, dass der Bauer als Leibeigener oder Grundhöriger nur einen Teil seiner Arbeitsfrüchte für sich nutzen konnte und einen anderen Teil dem Grundherrschaft abtreten musste, ist das Klassenverhältnis in der modernen Marktwirtschaft verschleiert. Alle scheinen gleichermaßen freie und gleiche Subjekte zu sein und alle scheinen gleichermaßen die Früchte ihrer Arbeit ernten zu können. Daraus wird gefolgert: Wer viel erntet, war fleißig, wer wenig erntet, war faul, hat ungeschickt gewirtschaftet oder hatte Pech. Aus dieser tief verankerten Anschauung resultieren Volksweisheiten wie »Ohne Fleiß kein Preis« oder »Jeder ist seines Glückes Schmied«. Während des Shutdowns wurde diese Anschauung mehrfach aufgerufen, allerdings in umgekehrter Form: In Not geratene Individuen, Betriebe und Länder erhielten Hilfe weitgehend befreit von Auflagen, explizit mit der Begründung, dass sie ihre Misere ja nicht selbst verschuldet hätten. Dies impliziert, dass eine ökonomische oder soziale Misere sonst selbst verschuldet ist.

Diese Anschauung ist einer bestimmten Perspektive geschuldet. So stellt sich für die Subjekte in der kapitalistischen Gesellschaft »die Wirtschaft« als ein großer Zusammenhang von Kaufen und Verkaufen dar, unabhängig davon, ob es nun Arbeitskraft ist oder Grund und Boden, alles kann gleichermaßen als Ware gegen Geld getauscht werden. In diesen millionenfachen Tauschakten treten sich Besitzer von Waren und Besitzer von Geld als formell gleiche Warenbesitzer gegenüber. Die Tauschenden folgen darüber hinaus ihrem freien Willen; sie gehen Verträge freiwillig miteinander ein: Kaufverträge, aber auch Arbeitsverträge, bei denen Arbeitskraft gegen Lohn getauscht wird. Es ist dies die spezifische Freiheit, die die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnet.

Was völlig aus dem Blick gerät, ist jene Eigentumslosigkeit an Produktionsmitteln. Im Moment des Tauschs Ware gegen Geld ist Eigentum vorausgesetzt: Produkte oder Dienstleistungen als Ergebnis menschlicher Arbeit gehören ihrem Produzenten, wenn er auf den Markt tritt und sie verkaufen will. Geld als Ergebnis von Erwerbsarbeit (Lohn oder Gehalt) oder Vermögen (Kapital) gehört dem Käufer. Betrachtet man nur die Sphäre der Tauschakte,

---

4 Begriffe wie »Arbeiter«, »Privateigentümer« oder »Kapitalist« werden als abstrakte, soziale Formen verwendet, die von Individuen unterschiedlichen Geschlechts und Alters sowie unterschiedlicher Herkunft etc. historisch-konkret ausgefüllt werden. Sie werden daher nicht gegendert.

entsteht der Eindruck, dass es die eigene Arbeit gewesen sein muss, die das Eigentum an den jeweiligen Tauschobjekten begründet hat. Es liegt dann nahe zu folgern, dass jeder potenziell eigentumsfähig ist und dass derjenige, der wenig oder kein Eigentum besitzt, wenig oder schlecht gearbeitet hat.

## Privateigentum und der Verwertungszwang des Kapitals

Verlässt man den Markt und betritt die Produktionssphäre, sieht alles etwas anders aus. Der Produktionsprozess ist nämlich nicht nur einfach *Arbeitsprozess*, in dem konkret-stoffliche Güter oder Dienstleistungen mit einem bestimmten Gebrauchswert produziert werden. Er ist zugleich *Verwertungsprozess*: Den produzierten Gütern und Dienstleistungen wird gesellschaftlich ein Wert beigemessen, und die Wertgröße der neu produzierten Waren soll größer sein als die Summe der Wertgrößen der bei der Produktion eingesetzten Waren. Auf dieser Differenz der Wertgrößen beruht der Gewinn derjenigen, die die Produktionsmittel zum Eigentum haben, im Folgenden *Privateigentümer* genannt.

Die Quelle der Differenz zwischen diesen beiden Wertgrößen ist nicht auf das kluge Management der Privateigentümer zurückzuführen, sondern auf die unbezahlte Arbeit jener, die die Produkte herstellen, die unmittelbaren Produzenten. Sie sind es, die den Mehrwert durch ihre Mehrarbeit schaffen. Die Privateigentümer bezahlen nämlich nur die Arbeitskraft der Beschäftigten, ihre Fähigkeit, etwas Neues herzustellen, und die Bezahlung dient der Reproduktion der Arbeitskraft. Die Beschäftigten können (und müssen) aber länger arbeiten, als für ihren eigenen Bedarf notwendig ist, sie bilden einen größeren Neuwert, als sie für ihren Unterhalt bekommen.

Stellt man sich den gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtum als Kuchen vor, so wird deutlich, dass in einer modernen Marktgesellschaft jene, die über die Produktionsmittel verfügen, sich den Kuchen von jenen backen lassen, die keine Produktionsmittel haben und daher gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, das heißt, es ist gerade *fremde* Arbeit, die Eigentum begründet, und zwar jenes der Privateigentümer, die ab einer bestimmten Größe des Unternehmens selbst gar nicht mehr mitarbeiten müssen, auch wenn sie es zuweilen tun. Ein Teil des von den Privateigentümern angeeigneten Kuchens wird an die, die ihn gebacken haben, wieder zurückverkauft. Über diesen Kauf werden die Arbeitenden Eigentümer eines Teils der von ihnen produzierten Güter und Dienstleistungen, sie erwerben ihr *persönliches Eigentum*. Allerdings können die meisten von ihrem Lohn nicht so viel Eigentum erwerben, dass sie sich unabhängig machen könnten vom Zwang, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. »Vom Tellerwäscher zum Millionär« ist die große Ausnahme.

Haben im Mittelalter tradierte Regeln bestimmt, wie viel Erdfrüchte der Bauer abzugeben hat, wird in der modernen Gesellschaft die Entscheidung, wie viel die Eigentumslosen für sich selbst und wie viel sie für ihren »Herrn« arbeiten müssen, über die Höhe des Lohns geregelt. Die Höhe der Arbeitseinkommen ist daher vor allem Ergebnis eines Macht- und Deutungskampfs zwischen Arbeit und Kapital. Während die Eigentumslosen eine hohe Verwundbarkeit aufweisen, sind Privateigentümer an Produktionsmitteln, sofern sie eine entsprechende Größenordnung an Betriebsvermögen besitzen, sehr viel weniger verwundbar. Die Vermögensbefragung der Deutschen Bundesbank für 2017 (Bundesbank 2019) ergab, dass nur zehn Prozent der privaten Haushalte in Deutschland Betriebsvermögen besitzen, darunter auch sehr kleines. Das heißt, größeres Betriebsvermögen ist auf noch erheblich weniger Haushalte konzentriert: Große Vermögen ermöglichen aber ganz andere Freiheiten, mit dem Shutdown umzugehen.

Privateigentümer haben nun ein gesteigertes Interesse an einer raschen Rückkehr zur Normalität, das heißt an der Wiederaufnahme der Verwertung ihres Kapitals. Es garantiert ihnen, dass weiterhin Reichtum produziert wird, von dem sie sich große Teile aneignen können. Dazu initiieren und exekutieren die Privatproduzenten die Bewegung, aus Kapital mehr Kapital zu machen. Diese Bewegung ist allerdings »maßlos«, das heißt, es gibt kein irgendwie geartetes Maß der Verwertung, sondern nur das abstrakte »je mehr, desto besser«. Sie ist aber auch »endlos«, das heißt, es gibt kein natürliches Ende der Bewegung. Wenn sich das Kapital bisher schon verwertet hat, gibt es keinen dem Kapital immanenten Grund aufzuhören. Dass die Maßlosigkeit des Kapitals sich aber durchsetzen kann, das Kapital also stets in Bewegung, stets auf der Suche nach der maximal höchsten Verwertung bleibt, dafür sorgt die Konkurrenz. Sie ist der Motor des Wachstumszwangs. Jedes Kapital muss, wenn es am Markt bestehen will, bei Strafe des ökonomischen Untergangs immer versuchen, in der Konkurrenz besser zu sein als die anderen. Die Konkurrenz erlegt dem Kapital den Zwang auf, die Produktionsmethoden ständig zu revolutionieren. Will das Kapital überleben, muss es sich durch immer wieder neue Produktionsprozesse verwerten, damit es die neuen Produktionsmethoden auch finanzieren kann, mit denen es in der Konkurrenz zu bestehen versucht.<sup>5</sup> Es kommt also gar nicht so sehr darauf an, was genau und unter welchen Bedingungen produziert wird, son-

---

5 Darin liegt einerseits der Grund für die enorme Produktivkraftentwicklung, die der kapitalistischen Produktionsweise eigen ist; andererseits ist auch genau das zugleich das zerstörerische Moment, denn auch diese Dynamik ist maßlos. Das ist genau jene Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die Marx im *Kapital* herausgearbeitet hat.

dern es kommt darauf an, dass sich Kapital verwertet. Die Paradoxie dieser Produktionsweise hat der Sozialphilosoph André Gorz einmal prägnant auf den Punkt gebracht: »Man arbeitet nicht mehr, um zu produzieren, sondern produziert, um zu arbeiten.« (Gorz 1980: 21).

Diese selbstzweckhafte Kapitalvermehrung auf Basis eigentumsloser Produzenten ist vermittelt über millionenfache wechselseitig verkettete Tauschakte. Genau darin liegt der Keim des Mangels an Resilienz. Bereits die Trennung der beiden Pole – Kauf und Verkauf – birgt das Potenzial einer Krise. Wird Kapital nicht verwertet wie erwartet, fließt es nicht vermehrt zurück. Kredite, Zinsen, Rechnungen, Löhne etc. können nicht mehr beglichen werden. Das kann andere Unternehmen mitreißen, Massenarbeitslosigkeit auslösen. In diesem Fall drängt das Potenzial der Krise zur Wirklichkeit. Diese Gefahr ist im Kapitalismus aufgrund der Privatproduktion stets gegeben. Privat ist diese Produktion deshalb, weil die Privateigentümer ihre Produktion in der Absicht, Profit zu maximieren, blind und isoliert von den anderen, das heißt für einen anonymen Markt, quasi ins Blaue hinein planen und unter Geheimhaltung, weil in Konkurrenz zu anderen. Erst im Tausch, also im Nachhinein, entscheidet sich, was als Teil der gesellschaftlichen Arbeit anerkannt wird. Der Markt ist daher ein Notnagel, mit dessen Hilfe die anarchisch geplante Produktion ihre zahlungsfähige Nachfrage versucht zu finden. Auch das Steuerungsmoment einer solchen Ökonomie existiert nur als bewusstlos hergestelltes Resultat, an dem sich dann alle wie an einem Naturgesetz zu orientieren haben: Es ist die Profitrate. Kapital wird dort investiert, wo eine hohe Rendite zu erwarten ist.

## **Fetisch »Die Wirtschaft«**

Unabhängig von der Form ihrer Wirtschaft hätte jede Gesellschaft, wenn sie von einer Pandemie betroffen ist, zu leiden und Einschränkungen hinzunehmen. Ausgehend von der Notwendigkeit, Menschen voneinander fernzuhalten, um unkontrollierte Infektionsketten zu vermeiden, wäre jede Gesellschaft gezwungen zu identifizieren, welche physisch nahen Zusammenkünfte von Menschen vermieden werden müssen, abzuwägen, wo das unter welchen Schwierigkeiten und wie geht. Das schließt Entscheidungen darüber ein, welche Produktionsprozesse nicht systemrelevant sind und eingestellt werden können, welche der unmittelbaren Reproduktion der Gesellschaft dienen und fortgesetzt werden müssen, welche Kapazitäten man aufstocken müsste, wie viele Menschen in diesen Bereichen gebraucht werden, wie man sie vor Ansteckung schützen kann, wie man die Schutzkleidung organisiert, wie die insgesamt geringere Masse an Gütern und Dienstleistungen verteilt werden, in welchem Ausmaß

das soziale, kulturelle und öffentliche Leben heruntergefahren werden muss und so weiter. All das zehrt an der Substanz einer Gesellschaft, was, je länger es dauert, zu einer zunehmend größeren Belastung wird. In einer kapitalistischen Marktwirtschaft bereiten solche Entscheidungen aber ganz besondere Probleme und verschärfen die bereits schwierige Situation.

Der spektakuläre Fall der niederländischen Schnittblumenindustrie war kein spezifisch kapitalistisches Problem. Während des Shutdowns mussten zwischen 70 und 80 Prozent der für den Export gedachten Schnittblumen vernichtet werden. Die Grenzen waren dicht, und viele Veranstalter und Betriebe fielen als Käufer aus. Es gab tatsächlich keinen Bedarf mehr an Blumen in der gewohnten Größenordnung, und selbst wenn es ihn gegeben hätte: Der Transport zumindest ins Ausland war gar nicht möglich. Ein spezifisch kapitalistisches Problem ergab sich dagegen, wenn Unternehmen Vorprodukte geordert hatten und die Lieferung technisch auch hätte stattfinden können, das nachfragende Unternehmen aber plötzlich nicht mehr *zahlungsfähig* war. Ob eine Lieferung nicht entgegengenommen werden konnte, weil der Lkw an der Grenze feststeckte oder weil der Käufer oder die Käuferin zahlungsunfähig geworden war, fiel in der Wahrnehmung zusammen und galt als »Wirtschaftskrise«. Das eine aber war ein stofflich-technisches Problem, das andere ein Problem der Ware-Geld-Vermittlung als Teil der Verwertungskette: Die Unterbrechung von Zahlungsketten und die technische Unterbrechung von Lieferketten betreffen zwei ganz verschiedene Ebenen.

Hätte es eine Gesellschaft nur mit der stofflich-technisch bestimmten Seite zu tun, dann wäre der gestoppte Lieferwagen mit Tulpen kein Problem, da diese eine Weile – bei aller Liebe zu Schnittblumen – verzichtbar wären, bei Ventilen für Beatmungsmaschinen, die in den Krankenhäusern dringend gebraucht wurden, würde es sich allerdings um ein massives Problem handeln. Unter kapitalistischen Bedingungen ist der Lieferstopp auch bei der Tulpenlieferung ein großes Problem, weil sich das darin investierte Kapital nicht mehr verwerten kann, wenn die Blumen verderben oder nicht bezahlt werden. Die Blumenlieferantin kann dadurch pleitegehen, Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Kaufkraft sinkt, andere Firmen gehen daraufhin ebenfalls pleite usw. – eine Kettenreaktion ist in Gang gesetzt. Die kapitalistische Produktionsweise verschärft daher aufgrund ihres Verwertungszwangs im Falle einer Pandemie und den damit zusammenhängenden Maßnahmen die rein stofflich-technischen Probleme massiv. Es macht einen Unterschied, ob man Betriebe bewusst stilllegt oder ob sie aufgrund einer Krise kapitalistischer Verwertung ungeplant pleitegehen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 war ein Problem auf genau dieser rein wertbestimmten Ebene, als aufgrund gestiegener Zinsen viele Immobili-

lienbesitzende ihre Kredite nicht mehr tilgen konnten. Das brachte Banken ins Straucheln und löste eine Kettenreaktion aus. Es kam zur Kreditklemme. Auch damals meldeten Autokonzerne Kurzarbeit an, nicht aber, weil keine Autos hätten gebaut werden können. Dagegen existieren in der pandemiebedingten Krise tatsächlich Probleme in der internationalen Lieferkette der Autoproduktion. Stofflich betrachtet, gab es zu jener Zeit keine Probleme, nur mit dem Kreditsystem haperte es.

Reichtum existiert in der kapitalistischen Gesellschaft konkret stofflich, ist aber zugleich in ein gesellschaftliches Verhältnis eingebettet: den Zwang zur Verwertung von Kapital mit den dazu gehörigen Ware-Geld-Verkettungen. Dass sich die Menschen zu ihren Arbeitsergebnissen als Waren verhalten und sie gegen Geld tauschen, ist nicht immer schon so gewesen (siehe Ingo Stützle in diesem Heft). Diese von Menschen gemachte Wirtschaftsform ist uns aber so selbstverständlich geworden, dass sie als »natürlich« erscheint. Das drückt sich in der Rede von »die Wirtschaft« oder »unsere Wirtschaft« aus, in der nicht nur alle Interessensgegensätze und Widersprüche ausgeblendet sind, sondern in der auch jedes Bewusstsein von der Geschichtlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die noch keine 500 Jahre jung ist, ausgeblendet wird. Das resultiert vor allem daraus, dass die spezifisch sozialen Verhältnisse (Warenform der Arbeitsprodukte, kapitalistische Form des Produktionsprozesses) mit der in allen Gesellschaftsformen existierenden Notwendigkeit der Produktion und Naturaneignung in eins gesetzt werden. Diese *Naturalisierung* ist ein *epistemologisches* Hindernis, sodass nur eine einzige ökonomische Welt, nämlich die herrschende, denkbar scheint.

## **Staatliche Planung oder die Rettung des Privateigentums**

Der kapitalistische Wachstumszwang führte dazu, dass scheinbar alternatives Geld gegen Leben aufgerechnet wurde. Von Anfang an zögerten die meisten Staaten mit Maßnahmen eines Shutdowns, Unternehmen sträubten sich, ihre Produktion einzustellen, oder machten es nur widerwillig und auf Druck der Beschäftigten. So konnten Betriebe, die nicht lebensnotwendige Güter herstellten, munter weiter produzieren, häufig mit miserablen Schutzvorkehrungen für die Arbeitenden. Der italienische Arbeitgeberverband musste sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er aufgrund seiner Profitinteressen etliche Tote auf dem Gewissen habe (Brunetti/Amadori 2020). Ziel aller Kapitalfraktionen war, ihre Verwertungsmöglichkeiten zu erhalten. Was dazu der richtige Weg ist, war allerdings nicht immer eindeutig zu beantworten. Würden zu viele Beschäftigte an dem Virus erkranken, wäre eine der wichtigsten Bedingungen der Verwertung, die Ausbeutung lebendiger Arbeits-

kraft, aber auch die gesamtgesellschaftliche Kaufkraft, gefährdet. Würde man aus Gründen des Arbeitsschutzes Betriebe schließen, wäre die Verwertung des Kapitals, das Wachstum, gefährdet. Dieses ständige Spannungsverhältnis spiegelte sich im öffentlichen Diskurs als kontrovers diskutiertes Verhältnis von »Wirtschaft« und »Gesundheit« wider. Der Staat agierte mit all seinen Maßnahmen in diesem Spannungsverhältnis. Ziel war, die Bedingungen des kapitalistischen Wirtschaftswachstums zu erhalten, allerdings ausgerichtet am nationalen Standortinteresse, im Gegensatz zu der sonst gerne hochgehaltenen europäischen Solidarität. Mit anderen Worten: Es schlug die Stunde der Exekutive, die Wirtschaft wurde an die Beatmungsmaschine des Staates gelegt. Vergabe von Krediten an Firmen und Selbstunternehmerinnen und -unternehmer, Finanzzuschüsse und Kurzarbeitergeld, all das waren Mittel dazu. Aber auch die Verstaatlichung von Unternehmen oder stille Beteiligungen wurden in den Blick genommen, zum einen aus Angst vor Bankrott, zum anderen aus Angst vor einem »Ausverkauf« sensibler Infrastruktur »ans Ausland«. Die gerissenen Zahlungsketten mussten gekittet, die Kaufkraft künstlich aufrechterhalten werden und die Reproduktion der Lohnabhängigen sollte, wenn auch auf geringerem Niveau, gewährleistet bleiben. All das sollte verhindern, dass notwendige Verwertungsbedingungen in der Zeit des Shutdowns verschleißt oder vernichtet werden.

Zugleich griff der Staat beherzt in die Produktion ein, wo sonst die Freiheit des Privateigentums für die beste aller möglichen Welten sorgen soll. Es war unausgesprochen klar: Der schlagartig aufgetretene, temporär nötige gesellschaftliche Bedarf an einer möglichst großflächigen Infrastruktur für die gesundheitliche Versorgung ist kein Feld, auf dem sich Privatkapital möglichst profitabel verwerten könnte. Corona-Behandlungen sind weniger lukrativ als Hüftoperationen, leere Betten vorzuhalten kostet und bringt nichts ein, die Schutzmaskenproduktion hochzufahren benötigt Investitionen, die sich nicht lohnen, wenn die Nachfrage danach wieder sinkt. Und wo aus reinem Verwertungsinteresse produziert wurde, beispielsweise Atemschutzmasken, stiegen die Preise schnell ins Unermessliche.

So wurden staatlicherseits Unternehmen beauftragt, Beatmungsmaschinen zu produzieren, »attraktive Preise« und Abnahmegarantien wurden zugesagt, wenn Firmen ihre Produktion auf medizinische Schutzausrüstung umstellen, das Wirtschaftsministerium richtete einen Arbeitsstab »Produktionskapazitäten und Produktionsprozesse« ein, um »Wertschöpfungsketten« für die medizinische Versorgung aufzubauen. Lieferketten wurden unterbrochen, als Masken für den Export das Land zu verlassen drohten, und die sonst gelobte Globalisierung kam in Verruf, als spürbar wurde, dass die Hauptlieferanten lebensnotwendiger medizinischer Produkte aus Asien kamen. Der

Staat baute schließlich in Windeseile die Kapazitäten im Gesundheitswesen aus und zeigte, dass bewusste Planung jenseits von Profitmaximierung und Privateigentum funktioniert, wenn der Markt versagt. Dennoch geschah das sehr zum Unwillen derjenigen, die sonst den Markt als Antwort auf fast alles sehen: Das Magazin *Wirtschaftswoche* brachte umgehend einen Titel, Karl Marx mit Atemschutzmaske als Konterfei, darunter die Schlagzeile »Starker Staat im Kapitalismus: Er ist wieder da«. Die bereits erwähnte Stellungnahme der Leopoldina endete folgendermaßen: »Die in der Krise getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen sobald wie möglich zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftens im Rahmen einer freiheitlichen Marktordnung rückgeführt oder angepasst werden. Dazu gehören der Rückzug des Staates aus Unternehmen, sofern krisenbedingt Beteiligungen stattfanden, und der Abbau der Staatsverschuldung. An der Schuldenbremse ist im Rahmen ihres derzeit geltenden Regelwerkes festzuhalten. Dies erlaubt, gerade in so besonderen Zeiten wie diesen, eine deutlich höhere Verschuldung, verlangt aber bei Rückkehr zur Normalität wieder deren Rückführung.« (Leopoldina 2020: 17)

## Voraussetzungen resilienter Eigentumsverhältnisse

Marktkritiker und Marktkritikerinnen wiederum hegen angesichts der sichtbar gewordenen Gestaltungsmacht des Staates die Hoffnung, dass die Krise ein Fenster für Veränderungen öffnen könnte, zugunsten eines stärkeren Gewichts des Gemeinwohls, einer gerechteren Verteilung, einer besseren Ausstattung der Infrastruktur und einer nachhaltigeren Entwicklung. Die Einsicht, dass der Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte all dies nicht eingelöst hat und im Gegenteil zu dem hohen Mangel an Resilienz, mit dem die Gesellschaften in vielen Ländern konfrontiert sind, überhaupt erst geführt hat, ist auch in der Politik angekommen. Wenn staatliche Politik nun öffentliche Infrastruktur zur Sicherung der Grundbedürfnisse (Gesundheit, Bildung, Mobilität, Wasser, Strom, Kommunikation etc.) stärken will oder Eingriffe in den Markt vornehmen möchte, um lebensnotwendige Produktion und sensible Bereiche für den nationalen Standort zu sichern, sowie wirtschaftspolitisch von oben nach unten umverteilen würde, so hätte dies den Effekt, die fragile Marktwirtschaft krisensicherer zu machen, ihre Resilienz zu erhöhen. Dagegen ist, abgesehen von der nationalen Borniertheit solcher Maßnahmen, nichts einzuwenden. Allerdings rührt das nicht prinzipiell an der Privatproduktion mit all ihren gesellschaftlich problematischen Folgen. Will man diese Wirtschaftsform stabilisieren und sich in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite der letzteren stellen, dann sollte man nicht die damit einhergehenden Widersprüche vergessen: Dass nämlich in einer solchen

Ökonomie auch das Überleben der Lohnabhängigen von Wachstum abhängig ist und sie in der Konkurrenz im Zweifel den Kürzeren ziehen. Zum anderen aber befreit eine solche Politik nicht vom Mangel an Resilienz, der sich darin ausdrückt, dass Krisen mit Notwendigkeit immer wiederkehren und zu Elend auf der einen Seite und zur Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums auf der anderen Seite führen. Und was die Stärkung des öffentlichen Sektors gegenüber dem privaten betrifft, sollte man nicht vergessen, dass eine friedliche Koexistenz zwischen marktförmig organisierten Bereichen und nicht-marktförmigen äußerst konfliktgeladen ist, nicht zuletzt weil Kapital stets neue Anlagefelder sucht.

Auch wenn sie notwendig sind, die Kämpfe für Umverteilung verbleiben im Rahmen des krisenbehafteten kapitalistischen Wirtschaftssystems. Angesichts der von dieser Wirtschaft gestellten, brutalen Frage »Geld oder Leben« wäre es an der Zeit, mehr Mut für gesellschaftliche Debatten aufzubringen, die diese Wirtschaftsform grundsätzlich infrage stellen und ihre Naturalisierung aufbrechen. Solche Debatten hätten die in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vorhandenen, widerstreitenden, vor allem auch *eigenen* Interessen zum Gegenstand, da sich *alle* (sieht man von unbezahlter Care-Arbeit ab) zu den Produkten der Arbeit als Waren und die Privateigentümer zu ihren Produktionsmitteln als Kapital verhalten. So »konstituieren sie durch ihre eigene Praxis eine bestimmte sachliche Logik (Waren müssen verkauft werden, Kapital muss sich verwerten), die ihnen dann wieder als scheinbar objektive Rationalität gegenübertritt« (Heinrich 2005). Kapitalistische Klassenherrschaft ist nicht nur wie vorkapitalistische Klassenherrschaft Resultat hegemonialer Mechanismen, das historisch neue Moment besteht darin, dass sie darüber hinaus das »unbewusste und unintendierte Resultat dieser sachlichen Logik« (ebd.) sind.

Eigentumsverhältnisse, in denen wir uns zu unserer Arbeit und ihren Ergebnissen nicht mehr als Ware und zu den Produktionsmitteln nicht mehr als Kapital verhalten würden, in denen Produktion und Konsum folgerichtig dann nicht mehr über fragile Ware-Geld-Zirkulationsketten verbunden wären, der Stoffwechsel Mensch-Natur gesellschaftlich und nicht mehr privat vorangetrieben würde, hätten das Potenzial einer hohen Resilienz in Krisenzeiten und einer klima- und menschenfreundlichen Produktionsweise. Eine pandemische Krise würde natürlich ganz genauso stofflich-technische Probleme, stillgelegte Betriebe und dadurch gerissene Lieferketten mit sich bringen, aber es kämen nicht noch Schwierigkeiten mit Problemen der Verwertung von Kapital hinzu.

Systemrelevante Bereiche würden weiterarbeiten, Infrastrukturen zur Versorgung bereitstellen können und das liefern, was dann aus den Rega-

len im Supermarkt genommen werden könnte. Allerdings nicht mehr im Tausch gegen Geld, da ein anderes soziales Verhältnis der Menschen untereinander und zur Aneignung von Natur diese Form des Austauschs obsolet machen würde. Der Entnahme einer Atemschutzmaske aus dem Regal ginge eine Ermittlung des gesellschaftlichen Bedarfs voraus. Die Entscheidung, eine gewisse Anzahl an Masken zu produzieren und ihre Verteilung zu koordinieren, wäre eben nicht mehr an der zahlungsfähigen Nachfrage ausgerichtet, sondern am tatsächlichen Bedarf. Nicht mehr Preissignale würden die Information über das »Wer kann wie viel von was bekommen« geben, vielmehr würden Mengensignale (Stückzahl, Liter, Kilo, Quadratmeter etc.) angeben, was genommen wurde, und rückgekoppelt werden mit dem vorangegangenen Ergebnis demokratischer Entscheidungsfindung, zum etwaigen Nachjustieren. Nicht anders, als es jetzt durch den Staat auch gemacht wird. Eine solchermaßen »stofflich-technisch« orientierte kooperative Ökonomie würde im historischen Vergleich, bezogen auf die Loslösung der Menschen von ihrem Hauptproduktionsmittel Boden, einer »Großen Wiederaneignung« nahekommen. Und zwar in dem Sinne, dass die Aneignung von Natur wieder unmittelbarer erfolgen würde. Das bedeutet, dass die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in der Hand jener liegen würde, die sich die Natur auch tatsächlich aneignen und die dann mittels arbeitsteiliger Kooperation statt über das Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Privateigentümer vermittelt wäre. Die Verfügungsgewalt wäre also nicht mehr auf ein Stück Land bezogen, welches Subsistenz erlauben würde. Vielmehr wäre sie jenseits von persönlichen oder sachlichen Abhängigkeitsverhältnissen auf die Produktionsmittel allgemein bezogen, auf die im kapitalistischen Schoß entwickelten Produktivkräfte. Damit wäre die Trennung der Menschen von ihren Produktionsmitteln und das Privateigentum aufgehoben, an die Stelle träte gesellschaftliches und persönliches Eigentum.<sup>6</sup> Die Freiheit des Privateigentums wäre ersetzt durch die Freiheit aller, individuell, weil frei von jenen Abhängigkeitsverhältnissen, die so verwundbar machen, und gesellschaftlich, weil frei vom Wirtschaftszwang, blind gegenüber Mensch und Natur wachsen zu müssen.

Man kann sich vorstellen, dass der gesellschaftliche Bedarf an Gütern und Dienstleistungen informationstechnisch hoch elaboriert ermittelt werden könnte, ebenso wie die Informationen über Arbeitsaufwand und nötige Ressourcen. Schwieriger ist jedoch die Frage zu beantworten, wie man gesellschaftlich-demokratisch zu der Entscheidung käme, was nun tatsächlich produziert wird und was nicht. Im Grunde läuft es auf die Frage hinaus, wie

---

6 Vgl. Nuss 2019 für den Unterschied zwischen kleiner und großer Wiederaneignung.

Profit als Steuerungsmoment einer kapitalistischen Marktwirtschaft ersetzt werden könnte, und zwar ohne dass neue Herrschaftsverhältnisse entstehen würden. Auch wäre eine solche Ökonomie nicht im nationalen Alleingang denkbar, da die gesellschaftliche Produktion global verflochten ist. Das scheinen unüberwindbare Hindernisse. Blickt man jedoch auf die staatliche Politik in Zeiten der Pandemie und auf die zahlreichen gesellschaftlichen Initiativen der Selbstorganisation, so wird deutlich, dass Gesellschaften durchaus in der Lage sind, die unsichtbare Hand des Marktes durch eine sichtbare zu ersetzen, global und lokal zu kooperieren, Bedürfnisse jenseits von Zahlungsfähigkeit zu ermitteln und ihre Produktion zu koordinieren. Das passierte in der pandemischen Krise alles unter anderen Vorzeichen, individuell aus Not und staatlich unter der Flagge nationalistischer und wachstumsorientierter Interessen. Nichtsdestotrotz sollte die Einsicht in die Kompetenzen der Gesellschaft zur Selbstorganisation Mut wecken und mehr Forschung generieren zur Frage, ob Eigentumsverhältnisse, verstanden als das Verhalten einer Gesellschaft zur arbeitsteiligen Aneignung ihrer Natur, nicht anders aussehen könnten, als wir es bislang kennen. Spätestens nach der sogenannten Corona-Krise wird die nächste existenzielle Krise wieder in das Blickfeld der Aufmerksamkeit rücken und Anlass zu solcherart Forschung geben: der Klimawandel.

## Literatur

- Deutsche Bundesbank (2019): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017. In: *Monatsbericht* 4/2019. Frankfurt/M.
- Brunetti, Giuliano / Amadori, Massimo (2020): Die Bosse sabotieren den Kampf gegen COVID-19 (3.4.2020). URL: <https://www.sozialismus.info>, Zugriff: 15.4.2020.
- Dorn, Florian / Fuest, Clemens / Göttert, Marcell u.a. (2020): Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown für Deutschland: Eine Szenarienrechnung. In: *ifo Schnelldienst* 73(4): 29-35.
- Dück, Julia (2020): »Whatever it takes!« – Warum Spahns Hilfspaket nicht die Krankenhäuser, sondern das neoliberale Fallpauschalen-System rettet (17.4.2020). URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 19.4.2020.
- Ehrentraut, Oliver / Koch, Tobias / Wankmüller, Bernhard (2020): Auswirkungen des Lockdown auf die regionale Wirtschaft (9.4.2020). URL: <https://www.prognos.com>, Zugriff: 12.4.2020.
- Gorz, André (1980): Das Ende der Politik der Vollbeschäftigung. In: *Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise* 15. Hamburg.
- Grabka, Markus M. / Halbmeier, Christoph (2019): Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch. In: *DIW-Wochenbericht* 40. Berlin.
- Heinrich, Michael (2015): Invaders from Marx. In: *Jungle World*, 21.9.2005. URL: <https://jungle.world>, Zugriff: 12.4.2020.
- Leopoldina, Nationale Akademie der Wissenschaften (2020): Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden (13.4.2020). URL: <https://www.leopoldina.org>, Zugriff: 22.4.2020.
- Meiksins Wood, Ellen (2015): *Der Ursprung des Kapitalismus*. Hamburg.

Nuss, Sabine (2019): *Keine Enteignung ist auch keine Lösung*. Berlin.

Sablowski, Thomas (2020): Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise (17.4.2020). URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 19.4.2020.

Saez, Emmanuel / Zucman, Gabriel (2020): *Triumph der Ungerechtigkeit*. Berlin.

Truger, Achim (2009): Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen: Das Beispiel der rot-grünen Steuerreform. In: *PROKLA* 154 (39)1: 27-46. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v39i154.440>.

**Quellen  
stellen  
statt quer-  
lesen**

**ak**  
**analyse & kritik**  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis

---

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 Euro. Bestellungen unter [www.akweb.de](http://www.akweb.de)